

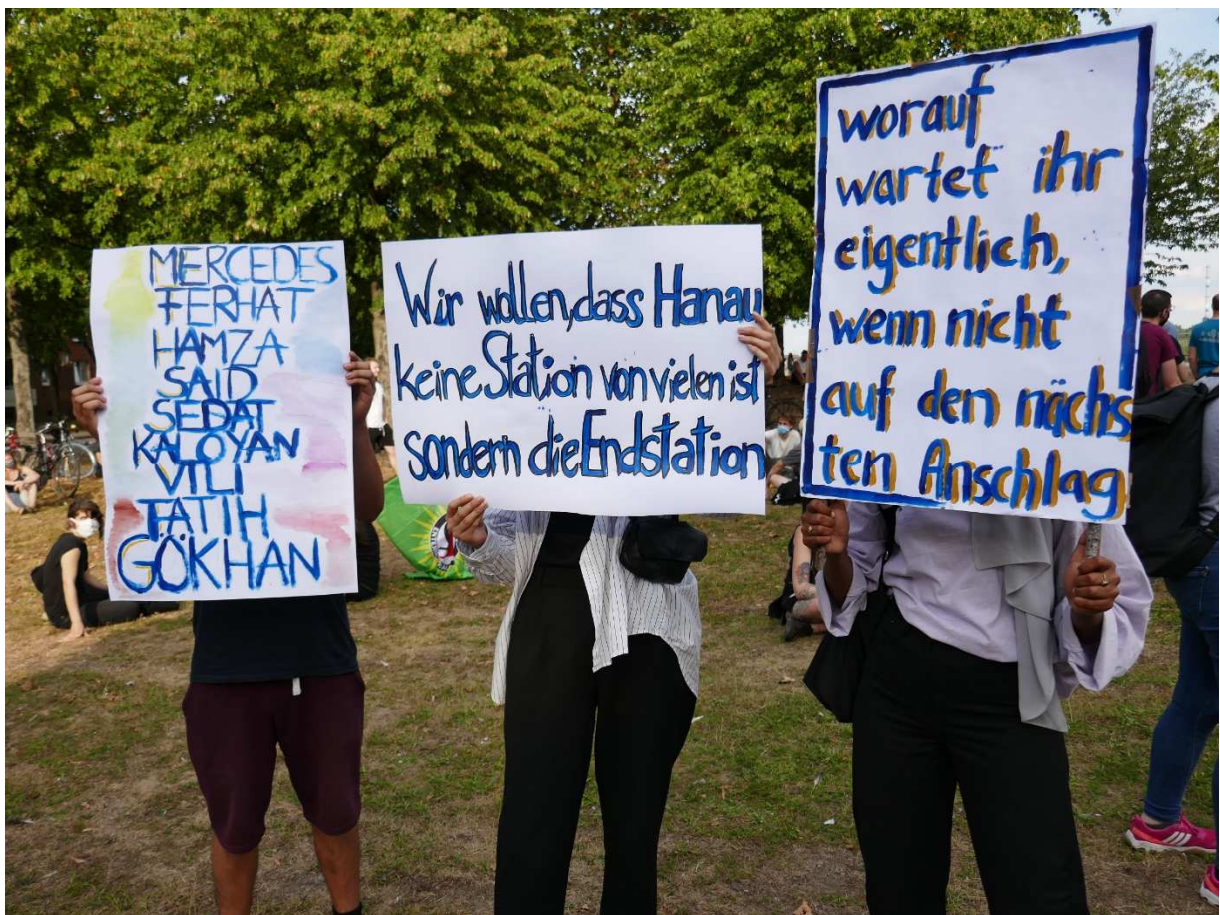


DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

September 2020

Aber demonstrieren durften sie nicht ... (S. 2)



Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe:
Freitag, 02.10.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Polizei verhindert Demonstration	S. 2
Berichte von den BMVn im August	S. 3
Bericht aus dem Wahlkreis 1	S. 5
Armuts- und Reichtumsbericht	S. 6
Aufruf: Solidarisches Hamburg	S. 7
Corona-Ausnahmestand?	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9
Anhang: Aufruf-Volltext (nur Netzausgabe)	

Polizei verhindert antirassistische Gedenkkundgebung

Am 19. August hat die Polizei Hamburg ihrer Geschichte ein besonders schäbiges Kapitel hinzugefügt.

Sechs Monate zuvor, am 19. Februar 2020, fielen in Hanau neun Menschen einem rassistischen Attentat zum Opfer. Am 22. August sollte deshalb in Hanau eine bundesweite Großdemonstration stattfinden (sie wurde bekanntlich kurzfristig untersagt, begründet mit den hohen Corona-Neuinfektionen in Hanau). Am 19.8. selbst fanden in vielen Städten Gedenkversammlungen statt. Während in anderen Orten demonstriert werden konnte – in Berlin z.B. mit über 2.500 Menschen –, hat die Polizei in Hamburg die geplante Demonstration von der Veddel nach Wilhelmsburg verhindert. 800 Menschen waren gekommen, viele von der Elbinsel. Nach der Auftaktkundgebung mit eindrucksvollen Reden von DIDF, der Poliklinik Veddel und dem kurdischen Verein Nav-Dem blockierte die Polizei die sich formierende Demonstration.

Dabei hatten die Teilnehmer:innen bei ihrer Aufstellung die Auflagen strikt beachtet, sich zu Blöcken zu je 50 mit ausreichend Abstand geordnet, fast alle trugen Mund-Nasen-Schutz. Die Polizei vor Ort kam jedoch nach langwierigem Zählen auf 800 und verlangte, da nur 500 genehmigt seien, dass sich 300 „Überzählige“ entfernen müssten, sonst dürfe die Demonstration nicht losgehen. Die konkrete Begründung lautete, die Demonstration selbst sei zwar nicht das Problem, aber der Platz der Abschlusskundgebung fasse unter Corona-Bedingungen nur 500 Menschen. Der Versammlungsleiter sagte verbindlich zu, nur 500 Menschen auf den Stübenplatz zu lassen, wenn die Demonstration mit den 800 die Strecke bis dahin gehen könne. Unter Verweis auf den „Polizeiführer am Telefon“ wies die überfordert und unsouverän agierende „Polizeiführerin vor Ort“ jeden Vorschlag zur Lösung des Konflikts ohne Begründung zurück. Nur 500 dürften losgehen, oder besser noch, man könne, statt zu demonstrieren, die Kundgebung auf der Wiese nahe des S-Bahnhofs Veddel fortsetzen. Doch wir wollten die Gedenkdemonstration durchführen. Über die Verhandlungen verging erst eine Stunde, dann zwei. Die Polizei hielt die Blockade aufrecht und immer mehr Menschen wanderten ab, einzeln oder in Gruppen, viele Familien mit Kindern gingen vermutlich nach Hause, ganze Gruppen suchten einen Weg nach Wilhelmsburg (hier fand auf dem Stübenplatz später tatsächlich noch eine Kundgebung mit 400-500 Menschen statt). Ob-

wohl die Zahl der Demonstrationsbereiten immer kleiner wurde und kaum mehr als 500 Menschen zählte, hielt die Polizei die Blockade aufrecht: Es seien immer noch zu viele. Gleichzeitig zog im Hintergrund immer mehr Polizei auf und sorgte für eine entsprechende Drohkulisse.

Zweierlei Maß

Am Samstag zuvor hatten rund 1000 Coronaleugner:innen eine für 500 Menschen angemeldete Versammlung in der Hamburger Innenstadt durchführen können, trotz massiven Verstoßes gegen **alle** Auflagen. Dass sie den Hinweis der Polizei auf die Auflagen missachteten, hatte für sie keine Konsequenzen, im Gegenteil wurde die Versammlung über das festgesetzte Ende hinaus noch verlängert. Mit den rechtsoffenen Coronaleugner:innen mag sich die Hamburger Polizei offensichtlich nicht anlegen.

Anders als die Versammlungen der Coronaleugner:innen haben, soweit mir bekannt, linke Versammlungen unter Corona-Bedingungen in Hamburg bisher immer großen Wert darauf gelegt, die Abstandsregeln und andere Schutzmaßnahmen einzuhalten, und zwar aus einer solidarischen Grundhaltung heraus. Das ist nicht immer ganz gelungen, vor allem bei den beiden unerwartet großen Black-Lives-Matter-Demonstrationen war das schwer zu steuern, aber es war immer die Verabredung, und sie wurde immer so gut wie möglich umgesetzt. Bei der Gedenkveranstaltung am 19.8. stand, diesen Eindruck habe ich gewonnen, von Anfang an fest, dass wir nicht würden losgehen können, wenn auch nur ein Buchstabe der Auflagen nicht erfüllt wäre. Dass die Zahl der solidarischen Menschen, die der neun Ermordeten von Hanau gedachten und Aufklärung forderten, größer war als von der Polizei zugestanden, war willkommener Vorwand. Das ist doppelt bitter, weil das Vorgehen der Polizei nicht nur ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit ist, sondern auch Ausdruck der Missachtung der Opfer und des Gedenkens. Für viele Beteiligte hat das Vorgehen der Polizei bestätigt, was seit Wochen Thema ist: Die Polizei hat ein Rassismus-Problem. Und: Sie hat ein Problem mit der Versammlungsfreiheit, wenn es bei Versammlungen um linke, antifaschistische, antirassistische und internationalistische Themen geht. In Zeiten der Corona-bedingten und mit Corona begründeten Einschränkungen der Grundrechte sieht sie sich offensichtlich zum Durchgreifen ermächtigt.

Christiane Schneider (auch Foto Titelseite)

Bericht von den Bezirksmitgliederversammlungen im August



Es gab spannende Diskussionen bei den ersten Bezirksmitgliederversammlungen (BMVen) seit dem 17.11.2019. Der Vorstand ist der Aufforderung des Mitgliedertreffens vom 14.06.2020 gefolgt und hat die Fortsetzung der strategischen Debatte mit den Delegiertenwahlen kombiniert.

So gab es am 09.08. kontroverse Aufschläge zur Frage der Regierungsbeteiligung. **Andreas Grünwald** machte den Anfang und nannte die wesentlichen Gründe seiner Ablehnung: Es gab keine erfolgreiche Regierung mit linker Beteiligung in einem kapitalistischen Land, bei der die linke Partei sich nicht zerschliessen hätte und aus der rechte Parteien nicht gestärkt hervorgegangen wären. Eine gewisse Ausnahme sei Chile, wo die Losung einer starken Bewegung war: „Allende in den Palast, die Macht den Arbeitern“. Dort sei die LINKE aber heute hierzulande (noch) nicht. Von den Befürwortern von Rot-Rot-Grün innerhalb der LINKEN wird nicht die Abschaffung von Hartz IV oder das Ende der NATO und der Kriegspolitik verfolgt. Das wäre aber Minimum linker Politik + Krankenhäuser in öffentliche Hand, Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Elemente von Gemeineigentum.

Christiane Schneider hielt dagegen: Die Kritiker einer Regierungsbeteiligung verneinen die Möglichkeit der Emanzipation im Hier-Und-Jetzt, die Menschen ließen sich aber nicht auf ein besseres Jenseits verträsten. In einer Regierung kann man Ergebnisse gesellschaftlicher Kämpfe sichern und mit Veränderungen im Kleinen schaffe man Hoffnung. Es sind zwar alle linken Parteien in Regierungen gescheitert, aber auch in der Opposition. Auf die Frage „Wie zum Sozialismus kommen?“ habe keine Seite eine Antwort. Kipping und Riexinger reflektieren nicht den Zustand der Partei: es fehle ihr an Verankerung. Das erweiterte

Reformerlager geht auf zentrale Aufgaben nicht ein und die arbeitende Bevölkerung taucht nicht als Subjekt der Veränderung auf.

In der Diskussion machten die meisten Genossen in ihren Beiträgen deutlich, dass sie die Diskussion selber für das Problem halten, da sie von den Aufgaben der LINKEN als dringend erweitert benötigte gesellschaftliche Oppositionskraft für eine menschenfreundliche Welt ablenkt. Als Konsequenz wurde ein Antrag beschlossen, mit dem das Präsidium des Bundesausschusses aufgefordert wurde, aus seinem kürzlich beschlossenen kritischen Papier einen Leitantrag an den Bundesparteitag zu machen, hier zu finden:

<https://www.die-lin-ke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2020-2021/beschluesse-und-erklarungen/news/was-uns-fehlt-gesundheit-und-gemeineigentum/>

Im Anschluss daran wurden **Kerstin Fremder-Sauerbeck** und **Kristian Glaser** als Delegierte zum Bundesparteitag und **Maureen Schwalke** und **Martin Dolzer** als Ersatzdelegierte gewählt, herzlichen Glückwunsch!

Am 22. August ging es weiter mit einer eingespielten Rede von Sarah Wagenknecht aus dem Bundestag zum Corona-Konjunkturpaket, hier zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=9lPoke3HXd4>.

Quintessenz: Anstatt den Reichen zu helfen, wie es die Bundesregierung tut, ist der in Armut lebenden Hälfte der Bevölkerung zu helfen. In der Diskussion wurde noch einmal betont: Eine Orientierung auf Mitregieren ist Schwachsinn mit 5 Prozent in den Umfragen, und der Wert liegt so niedrig wegen der Regierungsbeteiligungen, bei

denen die Linke ihre Wähler verrät. Stattdessen sind unsere Mitmenschen aus den Fängen ihres Alltags zu reißen - was sie vielfach auch begrüßen, wie die Erfahrungen immer wieder zeigen, z.B. kürzlich bei den Bonhoeffer-Tagen in der Mönckebergstraße. Wir müssen klarmachen: Wir haben eine von Solidarität bestimmte Programmatik und Praxis, in Gegnerschaft zu den bürgerlichen Parteien. Es gilt deren Politik anzugreifen als geleitet vom Interesse der Reichen und Mächtigen (was auch Sarah gut macht). Positiv bestimmt heißt das, von der Verteilungsfrage zur Systemfrage zu kommen, beispielsweise müssen wir den Klattens (BMW) die Kohle wegnehmen durch Arbeitszeitverkürzung und die Macht durch den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung. Und dazu gehört auch: Wir müssen von den politischen Gegnern und der Presse nicht gemocht werden, was auch die gezeigte Rede von Sarah positiv hervorstechen lässt.

Im Anschluss an diese Diskussion wurde ein Antrag einstimmig bei wenigen Enthaltungen beschlossen, mit dem eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die einen auf diese politischen Aufgaben ausgerichteten Leit Antrag und ggf. weitere Anträge an den Landesparteitag erarbeiten soll, die von einer weiteren BMV überarbeitet oder ggf. zurückgezogen werden können, wenn deren Inhalt bereits in anderen Anträgen aufgehoben sein sollte.

Als Bezirksvertreter im Landesvorstand wurde im Anschluss daran **Kristian Glaser** mit 24 Stimmen wiedergewählt. Sein Kontrahent **Enno Drewes** erhielt 18 Stimmen.

Bei der folgenden **Wahl der Delegierten zum Landesparteitag** wurden auf der Liste zur Einhaltung der Mindestquotierung für Genossinnen gewählt: Christine Wolfram, Kerstin Fremder-Sauerbeck, Maureen Schwalke, Verena Brachvogel, Stephanie Rose, Michelle Affolter, Franziska Hildebrandt, Miriam Crass, Gunhild Berdal, Christiane Schneider und Nilüfer Aydin. Auf der gemischten Liste wurden am Sonntag, den 23.08. gewählt: Ronald Wilken, Andreas Grünwald, Martin Dolzer, Jürgen Olschok, Alexander Benthin, Mehmet Yildiz, Kristian Glaser, Jörg Günther, Lutz Zimmermann, David Christopher Stoop und Marinus Stehmeier.

Allen Gewählten einen herzlichen Glückwunsch und ein gutes Händchen bei der Entwicklung der Landespartei!

Vor der Wahl der Landesdelegierten wurde noch einmal zum Thema Frieden vor dem Hintergrund

aktueller Äußerungen von Dietmar Bartsch diskutiert, der die Auflösung der NATO und Beendigung aller Kriegseinsätze als ein nicht ernst gemeintes Ziel der LINKEN dargestellt hatte vor dem Hintergrund, dass die Beteiligung an einer Bundesregierung damit steht und fällt, hier zu finden: https://www.deutschlandfunk.de/dietmar-bartsch-die-linke-wir-befreien-die-sozialdemokraten.868.de.html?dram:article_id=482431. Es wurde die Notwendigkeit der Beibehaltung der eindeutigen Friedensposition der LINKEN aus verschiedenen Blickwinkeln betont und einstimmig bei zwei Enthaltungen eine Resolution der Friedensbewegung unterstützt, hier zu finden: <https://frieden-links.de/2020/08/auf-ruf-aus-der-friedensbewegung-an-die-partei-die-linke/>. Außerdem sollen Initiativen auf Landes- und Bundesebene innerhalb der Partei gestartet und unterstützt werden, die die Friedensposition der LINKEN positiv gerichtet und offensiv entfalten.

Wohlan!

Alexander Benthin

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte einige Anmerkungen zum Bericht von Alex machen:

DIE LINKE liegt bei Umfragen nicht bei 5 Prozent, sondern zwischen 7 und 8 Prozent.

Die Hälfte der Bevölkerung lebt nicht in Armut. 20 % Prozent ist eher ein realistischer Wert.

Am 22.8. wurde mit großer Mehrheit beschlossen:

Es wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Änderungsanträge zum bisher existierenden Leit Antrag für den Landesparteitag erarbeitet. Ein anderer Leit Antrag wird nur erarbeitet, wenn sich dieser nicht durch Änderungsanträge verbessern lässt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden einer BMV vorgestellt und zur Abstimmung gebracht.

Der Bezirksvorstand hat für die Antrags-BMV jetzt den 13. September festgelegt. Der Bezirksvorstand wünscht sich, dass die gewählten Delegierten sich intensiv an dieser Arbeitsgruppe beteiligen. Aber natürlich können auch andere GenossInnen daran teilnehmen. Am Montag den 31.8. berät der Bezirksvorstand darüber, wie diese Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeiten kann. Diese Sitzung ist virtuell und deshalb öffentlich.

Die Zugangsdaten Vorstandssitzung werden am Sonntag den 30.8. per Mail verschickt.

Wolfgang Strauß

Nachrichten und Informationen aus dem Wahlkreis 1 (Horn bis St. Pauli)

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nachfolgend ein paar Nachrichten und Informationen aus meinem Wahlkreis:

Die **Horner Geest** soll sich verändern. Nach dem Auftakt im letzten Jahr arbeiten verschiedene Planungsteams an dem sog. „Zukunftsbild 2030 für den Stadtraum Horner Geest“. Am 12. August begann die zweite Phase des Wettbewerbsverfahrens. Am 16. November ist ein öffentliches Werkstattgespräch geplant. Offizielle Informationen der Stadt finden sich hier:

<https://www.hamburg.de/mitte/stadtraum-horner-geest-2030/>

Ohne weitere Diskussion wird jetzt der Planfeststellungsbeschluss zur Verlängerung der **U4 auf die Horner Geest** umgesetzt. Die Initiative Rettet Horn kritisiert schon seit langem, dass die Kosten-Nutzen-Rechnung für diesen U-Bahn-Stummel weder transparent noch einleuchtend ist. Angesichts der enormen Folgekosten der Corona-Pandemie fordert die Ini eine Neubewertung des Projekts. Meine Meinung: Statt das viele Geld unter der Erde zu verbuddeln, sollten wesentlich kostengünstigere und schneller zu verwirklichende Alternativen wie der Ausbau des Busverkehrs und die Planung einer Stadtbahn vorangetrieben werden. Im Planfeststellungsverfahren haben nämlich erstmals die Verantwortlichen zugegeben, dass auch nach einer weiteren Wohnbebauung in Horn und Billstedt/Haferblöcken ein Busverkehr zur Abwicklung der erwartenden Fahrgastströme ausreichen würde. Eine Stadtbahn, die nicht an der Horner Geest endet, sondern auch Jenfeld und Wandsbek mit einbezieht, würde aus meiner Sicht verkehrlich wesentlich mehr Effekte bringen.

Die Corona-Krise hat auch nochmal das **Freibad Aschberg** in Hamm in einem anderen Licht erscheinen lassen. In einem Freibad sind die Corona-Auflagen eben wesentlich einfacher einzuhalten als in einem Hallenbad. Ein weiteres Argument für den Erhalt des Freibades!

Wer durch **Hammerbrook** geht oder fährt, sieht viele Baustellen. In dem Bürostadtteil, der bisher nur relativ wenige Wohnungen hatte, steht der Wohnungsbau seit mehreren Jahren ganz oben auf der Tagesordnung. Die Veränderungen sind vielfältig und interessant. Vielleicht haben Genoss*innen aus Hammerbrook Lust, mal eine Führung durch ihren Stadtteil zu machen? Meldet euch gerne bei mir

(heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de), ich würde die Organisation übernehmen.

Obwohl die HafenCity ein junger Stadtteil ist, frage nicht nur ich mich, wer diese völlig veraltete, auf das Auto setzende Verkehrsplanung verbrochen hat. Dass in den Anfangsjahren Radwege komplett vergessen wurden, war schon schlimm genug. Unverdrossen und jeder Verkehrswende zum Trotz jetzt an einer vierspurigen Versmannstraße festzuhalten, zeigt keine Lernkurve. Auch deswegen haben viele Anwohner*innen Einwendungen gegen den **Bebauungsplan HafenCity 10** (rund um den Lohsepark) erhoben. Neben einer großen Schule soll mit dem Bebauungsplan auch die Grundlage für den Büroneubau von Gruner+Jahr geschaffen werden. Wegen der Verkehrs-, Lärm und Elektrosmogproblematik hatte die Kommission für Stadtentwicklung Anfang des Jahres beschlossen, dass die Bürgerschaft sich mit diesem B-Plan befassen soll. Da angeblich Zeitdruck für Gruner+Jahr besteht – obwohl für den bisherigen Standort am Baumwall noch bis 2024 die Verträge laufen – wurde nun ein Trick angewandt. Das Bebauungsplangebiet wird zweigeteilt, die Schule (nicht Gruner+Jahr!) wird herausgelöst. Mein Antrag, beide Pläne gefälligst in der Bürgerschaft zu diskutieren, wurde von allen anderen abgelehnt.

Das Grundstücksgeschäft von Gruner+Jahr (G+J) in der **Neustadt** wirft übrigens diverse Fragen auf. Das ehemals städtische Grundstück wurde in den 80er Jahren an G+J verkauft. Immerhin wurde das Vorkaufsrecht der Stadt im Falle eines Weiterverkaufs festgelegt. Als G+J seine Umzugspläne konkretisierte und 2015 das Grundstück am Baumwall zum Kauf anbot, verhandelte die Stadt und schloss 2016 mit G+J einen Kaufvertrag ab. Nun hat G+J jemanden gefunden, der mehr bietet als die Stadt und ist von dem Vertrag zurückgetreten. Was muss das für ein schlechter Vertrag gewesen sein, der so etwas zulässt? Schon 2016 war die Immobilienblase so groß, dass jeder vernünftige Mensch wissen konnte, dass für eine so super gelegene Immobilie schnell Bieter*innen – oder Spekulant*innen?! – kommen, die mehr zahlen werden.

Ein paar hundert Meter weiter wächst die Baustelle am **Hafentor**. Leider konnte die Bebauung, die nicht nur den (historischen) Blick vom **Stintfang** stark beeinträchtigt, sondern auch die historische Wallanlage zerstört, nicht verhindert werden.

Der Umgang mit dem **Bismarck-Denkmal** wäre ein Kapitel für sich, dafür reicht der Platz hier nicht. Leider konnte ich an dem Rundgang der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitte August nicht teilnehmen, aber vielleicht gibt es ja eine Wiederholung.

Nochmal zurück Richtung Innenstadt: ab Oktober soll der Autoverkehr vom **Jungfernstieg** verbannt werden. Mit der so oft propagierten autofreien Innenstadt hat das leider nichts zu tun. Ein Konzept, das sich dieser Frage und den Auswirkungen auf die angrenzenden Stadteile widmet, ist auch in der neuen Behörde für Verkehr und Mobilitätswende nicht in Sicht. Deshalb ist es wichtig, die Volksinitiative „Klimawende jetzt – Autos raus aus der Hamburger Innenstadt“ zu unterstützen <https://www.klimaschutz-hamburg.de>.

Zwei Bauprojekte auf St. Pauli erregen weiterhin die Gemüter. Die Aufstockung des **Bunkers am Heiligenfeistfeld** war Gegenstand eines Gerichtsverfahrens. Ein Anwohner hatte gegen die fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten geklagt. Kurzgefasst geht es darum: Da die Stadt sich seit Jahren weigert, rund um das Heilgengeistfeld einen neuen Bebauungsplan aufzustellen, fehlt die öffentliche Beteiligung und die Möglichkeit, Einwendungen zu machen oder gegen den B-Plan zu klagen. Das Gericht hat gegen den Anwohner entschieden.

Die ehemalige Kantine an der Rindermarkthalle, das heutige **Restaurant Maharaja**, soll einem klotzigen Neubau weichen, dem sog. „Paulihaus“. Eine Investorengruppe aus Pahnke Markenma



Vorne rechts das Restaurant (Foto: Heike)

cherei, STEG Hamburg, Hamburg Team und ARGUS Verkehrsplanung hatte sich an die Stadt gewandt, um das städtische Grundstück für ihre Planung zu erhalten. Und erstaunlicher Weise wurde das Grundstück ohne Ausschreibung dieser Gruppe anhand gegeben. Obwohl sich der Quartiersbeirat und viele engagierte Bürger*innen gegen das Projekt ausgesprochen haben und weiter aktiv sind, soll es anscheinend auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden. Die Stadt versucht, das Restaurant durch ein Sonderkündigungsrecht so schnell wie möglich zu vertreiben. Das erste Gerichtsverfahren hierzu hat die Stadt verloren, die Berufung vor dem Oberlandesgericht wurde am 20.8.20 vertagt. Es besteht also noch Hoffnung, dass sich die Investoren und die Stadt hier nicht durchsetzen.

Heike Sudmann

Antrag der Bürgerschaftsfraktion am 19.08:

Hamburg braucht einen echten Armuts- und Reichtumsbericht

Corona offenbart die soziale Spaltung in unserer Stadt und droht, bestehende soziale Ungerechtigkeiten zu verschärfen. Während manche um ihre Existenz ringen, können andere im Homeoffice weiterarbeiten oder sprechen sogar von erfreulicher Entschleunigung im Alltag. Fakt ist: Je länger die Pandemie andauert, desto mehr verschärft sie die soziale Ungleichheit. Und noch ist kein Ende der Pandemie in Sicht, im Gegenteil werden Warnungen vor einer zweiten Welle laut. Die sozialökonomischen Folgen werden uns noch Jahre beschäftigen und sind in ihrem Ausmaß kaum abschätzbar. Klar ist aber schon jetzt, wer sozial und finanziell schlechter gestellt ist, wird durch die Pandemie noch mehr abgehängt – das gilt auch und gerade für Hamburg. Bereits vor der Krise stellte der Paritätische Ge-

samtverband fest, dass Hamburg bundesweit am stärksten von sozialer Ungleichheit betroffen ist. Einerseits ist Hamburg die Stadt mit der höchsten Millionärsdichte. So hat eine Anfrage der Bürgerschaftsfraktion ergeben, dass aktuell rund 1.000 sogenannter Einkommensmillionär*innen in Hamburg leben, 2015 waren es noch 677. Andererseits waren bereits vor Corona rund 285.000 Hamburger*innen von Armut bedroht, rechnet man die hohen Lebenshaltungskosten in unserer Stadt mit ein waren es sogar mehr als 330.000. Heute dürfte die Zahl deutlich höher liegen. Denn seit Beginn der Pandemie hat jeder 3. Betrieb Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit geschickt, in Hamburg betraf das 376.469 Menschen. Zusätzlich haben seit März über 24.000 Hamburger*innen ihre Arbeit verloren und damit ihre ge-

sicherte Existenz. Diese sozialen Entwicklungen sind besorgniserregend und erzwingen eine grundlegende politische Debatte darüber, wie wir Armut bekämpfen, wie wir der zunehmenden sozialen Spaltung der Stadt entgegenwirken und wie wir Teilhabe für alle Hamburgerinnen und Hamburger ermöglichen können. Ein regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht kann hierfür als Grundlage dienen, um behördenübergreifende Konzepte zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit und Armut zu entwickeln.

Es ist nicht so, dass es in Hamburg keine Berichte gäbe, es gibt sogar viele. In der vergangenen Legislatur hat der Senat insgesamt vier verschiedene Lebenslagenberichte vorgelegt. Es erfolgen nur keine behördenübergreifenden Maßnahmen daraus. Denn jeder Bericht steht getrennt für sich und sie sind nicht nur fachpolitisch unterschied-

lich zugeordnet, sie beziehen sich auch nicht aufeinander. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, liegt die Zuständigkeit der Berichterstattung auch noch bei der Instanz, die die politische Verantwortung trägt. Das bedeutet, dass die jeweiligen Fachbehörden die sozialen Entwicklungen in Verbindung mit der Wirksamkeit ihrer eigenen politischen Programme und Maßnahmen analysieren und diskutieren. Das liest sich leider allzu oft wie die Leistungsschau der Regierung. Die Erstellung und Analyse müssen daher dringend auf eine unabhängige Sachverständigenkommission übertragen werden. Nur mit einer umfassenden Gesamtschau und der Betrachtung jährlicher Entwicklungen lässt sich eine systematische Armutsbekämpfung etablieren und auf problematische Entwicklungen schnell und gezielt reagieren

Stephanie Rose

Ein solidarisches Hamburg fängt bei uns an! - Gemeinsam für bessere Lebensbedingungen

DIE LINKE hat sich eine feste Verankerung in den Stadtteilen und in der Stadt erarbeitet – sie gibt Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit in Hamburg. Mit dieser Verankerung können wir dazu beitragen, die Lebensbedingungen für die Menschen spürbar zu verbessern – als linke Opposition in den Parlamenten, als Partei mit vielen Orts- und Stadtteilgruppen, zusammen mit gesellschaftlichen Bewegungen und auf der Straße.

Dennoch schauen wir mit Sorge auf den Zustand unserer Partei. Sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Grundausrichtung unserer Politik – genauer gesagt, das innerparteiliche Gegeneinander – behindern massiv unseren Einsatz für soziale Gerechtigkeit. So gelingt es uns nur unzureichend, Mitglieder zu gewinnen, zu aktivieren und zu halten. Viele Genoss*innen verlieren die Motivation, weil die Vielfalt in unserer Partei nicht produktiv genutzt wird. In endlosen Diskussionen ohne echten Diskurs werden stattdessen Kräfte aufgezehrt, ohne Ergebnisse zu bringen. Das hat uns bewogen, in strömungsübergreifendem und -unabhängigem Einvernehmen dieses Papier zu erarbeiten

Wir brauchen einen Landesvorstand, der die Mitglieder in ihrer Heterogenität widerspiegelt und

trotzdem einigend wirkt. Er muss der Parteientwicklung entschieden mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher und DIE LINKE als aktive Mitgliederpartei stärken. Partei- und Politikentwicklung gehen miteinander einher. Der zukünftige Landesvorstand sollte in der Lage sein, die politische Wirklichkeit in unserer Stadt differenziert wahrzunehmen, daraus linke politische Schlussfolgerungen zu ziehen und gemeinsam mit unseren Fraktionen und den vielen Initiativen in praktische Politik umzusetzen...

...weiter geht es im Dokument, siehe Anhang.

Die nicht elektronisch vernetzten Empfänger dieses Mitteilungs können bei mir (Bernhard, Tel. 24 57 40) eine ausgedruckte Version abfordern.

Wer das Papier mitzeichnen möchte, kann dies über folgende Adresse mitteilen:

starke-linke-2020@gmx.de

Falls Ihr Fragen dazu habt, könnt ihr euch auch gerne an Theresa wenden.

Hier noch ein Link zum Dokument, in diesem wird die Liste der Unterzeichnenden fortlaufend aktualisiert:

<https://docs.google.com/document/d/1IEV0zqMzHR2jai07X002fRCfHulwi69gfqIO9bgmyaA/edit>

Hamburg seit dem 20.03.2020 im Corona-Ausnahmestand?

Aufgrund des Ausbruches von Covid 19 im Winter 2020 befindet sich Hamburg nun praktisch im Ausnahmezustand und wird quasi durch immer wieder neu erlassene Rechtsverordnungen aus Art. 80 GG regiert. Das Infektionsschutzgesetz wurde vom Bundestag hierfür eigens eingeführt, um derartige Krankheiten eindämmen zu können. Allerdings wird sich, wenn nicht bis zum Frühjahr 2021 endlich ein Impfstoff gefunden wird, die Lage ggf. durchaus verschärfen können. Es könnte zu Ausschreitungen, Unruhen und Plünderungen kommen und zwar in der Form, dass die Landespolizei die Lage nicht mehr in den Griff bekommt. Die Folge wäre, dass man dann in Berlin den Ausnahmezustand und die Notstandsgesetze von 1968 in Kraft setzt und die Regierung dann durch den ständigen Ausschuss in einem Bunker ersetzt wird und es keinen regulären Bundestag mehr gibt. Um dieses mögliche Szenario zu verhindern, besteht jetzt politischer Handlungsbedarf. Gleichzeitig müssen wir alle diese Lage nutzen, um Veränderungen herbeizuführen. Corona ist die größte Herausforderung seit Ende des 2. Weltkrieges.

Die HmbSARS-CoV-2 Eindämmungs-VO.15.07.2020 bis 31.08.2020 und das IfSG schränken auch die Grundrechte ein. Immer mehr Betroffene machen Gebrauch von ihrer Rechtsschutzgarantie aus Art.14 IV GG und beauftragen Rechtsanwälte/innen mit Mandaten vor den Verwaltungsgerichten. Das Recht auf den gesetzlichen Richter ist in Deutschland in Art. 101 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (GG) und im § 16 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) geregelt. Es bedeutet, dass jeder **Anspruch** hat auf eine im Voraus festgelegte und hinterher überprüfbare Festlegung, welcher **Richter** für welchen Fall zuständig ist. Aufgrund von Corona 2020 führt das nun wiederum jedoch regelmäßig zur Überlastung der Justiz.

Es ist von nun an absolut wichtig, alles politisch umzusetzen, was im August 2020 auf der Bezirksmitgliederversammlung beschlossen wurde. Die Pandemie führte anfangs zu vorläufigen Schließungen der hamburgischen Tafeln, die seit nunmehr 2004 Bedürftige und Ärmere mit Lebensmitteln versorgt, die ihre Einkäufe nicht mehr selbst zu 100% finanzieren können. Auch waren zahlreiche andere soziale Einrichtungen geschlossen. Erst allmählich öffnen diese wieder ihre Türen für Betroffene. Im IfSG fehlt es an der Möglichkeit von Regelungen in Härtefällen wie bei

sozialen Härtefällen bzgl. der Öffnungen sozialer Einrichtungen/Tafeln, die von Betroffenen regelmäßig aufgesucht werden müssen, weil diese ihren Lebensunterhalt finanziell nicht bestreiten können. Es wäre und ist nun auf jeden Fall die Zeit gekommen und wir haben die Chance, nun unsere erarbeiteten politischen Forderungen in Form von Veränderungen umzusetzen.

Als **Sozialstaatsprinzip** (teilweise auch: **Sozialstaatsgebot** oder **Sozialstaatspostulat**) wird der verfassungsrechtliche Auftrag in Art.1 III GG und Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes bezeichnet, nach dem die „Bundesrepublik Deutschland [...] ein [...] sozialer Bundesstaat“ ist. Gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG werden die Bundesländer an die Grundsätze des sozialen Rechtsstaates gebunden. Aber auch außerhalb des Art. 20 GG bestehen im Grundgesetz Vorschriften, die normative Grundlagen des Sozialstaatsprinzips bilden, so beispielsweise die Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach Art. 14 GG oder der Schutz- und Fürsorgeanspruch der Mutter gegenüber der Gemeinschaft nach Art. 6 Abs. 4 GG. Die **Sozialstaatlichkeit** ist durch die sogenannte Ewigkeitsklausel (Art. 79 Abs. 3 GG) vor Verfassungsänderungen gesichert. Dem Prinzip eines formalen liberalen Rechtsstaats folgend wird den BürgerInnen die rechtlich gesicherte Freiheit gewährleistet. Um die Freiheit real werden zu lassen, bedarf es der Ergänzung durch das Sozialstaatsprinzip. Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet deshalb die öffentliche Gewalt, also den Gesetzgeber, die Rechtsprechung und die Verwaltung dazu, nach sozialen Gesichtspunkten zu handeln und die Rechtsordnung dementsprechend zu gestalten.

Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland wird daher als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet, da der Staat der Wirtschaft einen Ordnungsrahmen vorgibt, der für einen sozialen Ausgleich sorgen soll, während sich die Wirtschaft am Markt orientiert; dabei stellt die Marktorientierung das Gegenteil zur zentralen Planwirtschaft dar, während der soziale Aspekt negative Folgen einer reinen Marktwirtschaft abmildern beziehungsweise ganz verhindern soll. Jedoch ist es nun die Zeit gekommen hier nach Art. 14 GG und Art. 15 GG regulierend einzugreifen. Denn es besteht jetzt akuter sofortiger Handlungsbedarf. Und in wie weit kann uns das Grundgesetz und die Verfassung Art. 20 IV GG schützen?

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten.

Dienstag, 08.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Neue Termine 2. + 4. Dienstag!

Donnerstag, 10.09., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 14.9., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.09., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 17.09, 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung
(wahrscheinlich wieder im Livestream)

Dienstag, 22.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Oktober 2020

Donnerstag, 08.10, 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 12.10., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 13.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 27.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX